

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 21. 33. Jahrg.

21. Mai 1920.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEER u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 2 Mk. vierteljährlich pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88, III. Redaktionsschluß: Montag, Telefon: Amt Nordst. 4268.
Verlag: Joh. Pass, Berlin N 24, Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz-Lepzig, Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Suche nur. Die Gewerkschaften und die Reichstagswahlen. Rundschau. Überschreitung des Achtstundentages strafbar. - **Allgemeines:** Der Anschluß des Notensteher-Gehilfen-Verbandes an den Verband beschlossen. - **Die photomech. Fächer:** Der neue Abschluß im Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe. Ortsberichte: Hamburg, Chemigraphen. - **Die Tapetenbrande:** Ortsberichte: Coswig, Formstecher. - **Der photographische Mitarbeiter:** An alle Photographenkollegen im Reich. - **Adressenänderungen.** - **Anzeigen.**

duktionsweise des materiellen Lebens hineingewachsen, die mit Naturnotwendigkeit eine Veränderung des sozialen, politischen und geistigen Überbaues verlangt und die Menschen in den ökonomisch entwickelten Ländern dazu zwingt, die bisherigen Formen zu zerbrechen. Aber mit dem Zerbrechen ist es allein nicht getan. Neues muß an die Stelle des bisherigen gesetzt werden. In keiner Zeit verändern sich jedoch die Anschauungen über die Vernunft der Dinge so schnell wie in revolutionären

Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft sind gegeben. An dem Erkenntnisvermögen der zur Entscheidung Gerufenen liegt es, die gegebenen Vorbedingungen ganz zu erfassen und daraus den Schluß zu ziehen, jetzt die Geschichte der Menschen mit Bewußtsein zu machen.

Der Anfang, die Geschichte der Menschen aus den Klauen des Unbewußten zu reißen und sie mit Bewußtsein zu machen, ist gemacht. Zwar ist es ein recht kümmerlicher Anfang, aber immerhin ein Anfang. Eine Reihe wesentlicher Hindernisse sind beseitigt, aber das Übel aller Übel, der Kapitalismus, steht noch als Hauptsäule und freut sich unbekümmert aller Not seines Lebens. Dieser Hauptsäule die Axt an die Wurzel zu legen ist Aufgabe der Reichstagswahl trotz der Gewißheit, daß auf einen Schlag ein so starker Baum nicht fällt. Mancher Schlag wird noch notwendig sein ehe das Mark getroffen, der Baum zusammenbricht, aber jeder Schlag hilft vorwärts und die Reichstagswahl muß ein Schlag von ganz besonderer Kraft sein. Dann werden sich auch die Maßnahmen zur Überleitung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft weniger reibungsvoll ermöglichen lassen.

Die Überleitung muß mit der Schaffung und dem Ausbau des sozialen Rechtes durch den neugewählten Reichstag beginnen. Zu den bedeutendsten Aufgaben des künftigen Reichstages wird die gesetzgeberische Durchführung des fünften Punktes der den Generalstreik vom März beendenden Abmachungen gehören, der lautete:

»Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freihheitlichen Beamtenrechts.«

Das Betriebsrätegesetz, das als vollständig unzulänglich von uns schon charakterisiert worden ist, muß im Sinne eines wirklichen Mitbestimmungsrechtes, nicht nur bei Entlassungen, ausgebaut werden. Die Ausdehnung des Gesetzes auf die See- und Binnenschiffahrt muß alsbald folgen. In engem Zusammenhange mit dem Ausbau des Betriebsrätegesetzes steht der Erlaß eines Gesetzes über die Organisation des Wirtschaftslebens, in dem der Arbeiterschaft das Eindringen in den Produktionsprozeß und seine Beherrschung möglich gemacht wird. Im Anschluß daran muß das Gesetz über Bezirksarbeiterräte und Reichsarbeitererrat folgen. Gelingt es, diese Räte mit wichtigen Funktionen auszustatten, dann können wir in ihnen die Anfänge einer sozialistischen Gestaltung der Wirtschaft erblicken.

Dann rückt auch Ziffer 6 der Berliner Märzabmachungen in das Stadium der Wirklichkeit, die lautet:

»Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Übernahme des Kohlen- und Kalisyndikates durch das Reich.«

Bekanntmachungen.

An alle Orts- und Gauvorstände

sandten wir unterm 14. Mai *Rundschreiben Nr. 14*, das wichtige Mitteilungen über tarifliche Änderungen im Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe und im photographischen Kunsdruckgewerbe enthält. Ferner sind eine Reihe wichtiger Fragen über Statistik, Invaliden- und Witwenunterstützung, Eintrittsgeld, Abrechnung und Materialbestellung neben einer eingehenden Information über die neuen Portosätze darin enthalten.

Sollte irgendwo die Sendung nicht eingetroffen sein, bitten wir diese zu reklamieren.

Der Verbandsvorstand.

Die Gewerkschaften und die Reichstagswahlen.

Revolutionen sind die Geburtshelfer der Anpassung des sozialen, politischen und geistigen Lebensprozesses an die schon vollzogenen Veränderungen der Produktionsweise des materiellen Lebens. Erst wenn die Produktionsweise des materiellen Lebens verändert ist, wird die Anpassung des sozialen, politischen und geistigen Lebensprozesses möglich. Jede Revolution ist deshalb schon monate, jahrelang im Herzen der Gesellschaft gemacht, ehe sie unter Flintensalven ins Leben tritt. Eine Revolution ist deshalb auch nicht der Ausfluß eines mehr oder weniger geschickten Propagandafeldzuges zu Gunsten einer bestimmten Idee, sondern lediglich der Ausdruck und Inbegriff einer schon lange im Schoße der Zeit sich verändernden Produktionsweise.

Die Vorbedingung für jede Revolution ist die vollzogene Veränderung der technischen und ökonomischen Verhältnisse. Erst mit der Veränderung der technischen und ökonomischen Grundlage der Gesellschaft verändern sich die Anschauungen der Menschen über die Formen, in denen sich das Verhältnis des Menschen zum Menschen in der Gesellschaft bewegen soll. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, daß ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Ganz naturgemäß muß unter veränderten ökonomischen Verhältnissen gewesene Vernunft Unsinn und Wohltat Plage werden, weil ja alle bisherigen und der Gesellschaft dienlich und nützlichen Dinge in ihr Gegenteil verkehrt worden sind.

In einer Zeit der Umgestaltung des sozialen, politischen und geistigen Lebensprozesses und seiner Anpassung an die Produktionsweise des materiellen Lebens, in einer Zeit der Umwertung aller Werte befinden wir uns gegenwärtig. Die bisherige Produktionsweise des materiellen Lebens, der Kapitalismus, hat in seiner Entwicklung die eigene Grundlage weit hinter sich gelassen und ist in eine neue Pro-

SUCHE NUR.

Und meinst du auch, ein Pfingsten blüht dir nicht,
Weil eng dein Haus
Und arm an Sonne, arm an Luit und Licht
Geh nur hinaus.
Denn nicht zur Plage, nicht zur Sorge schlägt
Dir heut die Uhr.
Es ist ein Tag, der stille Freuden trägt.

Suche nur.

Sieh über deinem Weg die Sonne stehn
In alter Pracht;
Sie sah der Wolken viele schon vergehn
Und mande Nacht.
Es lockt ihr Feuer in Unendlichkeit
Brot aus der Flur,
Und Keim um Keim steht noch für dich bereit.

Suche nur.

Wie bunt hat sich das grüne Tal geschmückt,
Ein Blüten loht!
Und lag doch einst gefesselt und bedrückt
In Wintersnot.
Nun bietet froh zu heitren Kränzen sich
Dir die Natur;
Denn tausend Blüten duften auch für dich.

Suche nur.

Es weilt der See und flüstert leis im Ried;
Es harft und schallt
Aus Feld und Busch ein pfingstlich frohes Lied
Und füllt den Wald.
Und füllt den Wald mit hohem Lobgesang:
O Kreatur,
In jede Not tönt ein Erlöserklang,

Suche nur.

In jede Not tönt ein Erlöserklang,
Sagst du: Ich will!
Oft läutet es wie schwerer Glocken Hall,
Oft leis und still.
Tu auf dein Ohr und öffne dein Gesicht:
Hell winkt die Spur
Des Geistes, der um die Erlösung ficht.

Suche nur

Ernst Preczang.

Epochen, und die Zeitläufe zur Feststellung der als Spiegelbilder durch die Köpfe der Menschen gegangenen materiellen Verhältnisse zum Zwecke der Begrifflichmachung der Formen des Überbaues des materiellen Fundamentes, müssen so kurz als möglich sein.

Eine solche Feststellung über das begrifflich gemachte Wollen der Menschen zum Zwecke der Anpassung des geistigen Überbaues an das materielle Fundament bilden für Deutschland die Wahlen zum Reichstag. Bei dieser Wahl gilt es zu entscheiden, ob in den Massen der Hand- und Kopfarbeiter das Bewußtsein vorhanden ist, das die veränderte Produktionsweise des materiellen Lebens den Sozialismus nötig und notwendig macht. Die technischen und ökonomischen Vorbedingungen für die

Ein freiheitliches Arbeiterrecht fehlt noch ganz. Wohl sind schon Vorbereitungen dazu getroffen, aber noch eine Weile wird verstreichen, ehe es das Licht der Welt erblickt. Hoffentlich hält sich der Entwurf frei von den Nücken und Tücken, die dem Referentenentwurf zur Regelung des Schlichtungswesens anhängen, und die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zwang dieses Scheusal in die Wolfschlucht zu werfen. Noch ist dieser Kampf um die Schlichtungsordnung nicht abgeschlossen. Der Ausfall der Reichstagswahlen wird auch hier bestimmen was in Zukunft Recht ist.

Eine ebenfalls dringliche Aufgabe des neuen Reichstages ist die Schaffung eines Gewerkschaftsrechtes. Im Anschluß daran muß der Aufbau des großen Gebäudes der Arbeitsverfassung, das Arbeitsnachweis, Arbeitsgericht, Schlichtungsausschuß, die Organe der Arbeitsversicherung usw., einheitlich von der Gemeinde bis zum Reich zusammenschließt, erfolgen.

Das gesetzliche Recht auf Urlaub, das in Österreich schon anerkannt ist, wird auch in Deutschland eine Stätte beanspruchen, und die Regelung der Lohnverhältnisse im Ausgleich zu den Preisen kann nicht lange mehr aufgeschoben werden.

Die Liste der sofort vorzunehmenden Neuregelungen ist mit diesen Ausführungen noch nicht erschöpft. Sie zeigen aber, welche wichtige Bedeutung der Ausfall der Wahlen hat. Je nachdem die Arbeiterschaft die Bedeutung dieser Wahlen erkennt, wird sie ihre Haltung einrichten. Schon heute steht fest, daß nur die auf sozialistischem Boden Stehenden in voller Würdigung der Dinge in der Lage sind, die Forderungen der neuen Zeit zu begreifen und ihnen gerecht werden können. Nur wer die Veränderungen der Produktionsweise des materiellen Lebens erkennt, nur wer daraus erkennt, daß der Sozialismus nötig und notwendig ist, wird mit Bewußtsein die neuen Forderungen erfüllen.

Restlos stehen die Gewerkschaften hinter diesen Forderungen und verlangen ihre Erfüllung. Auch ihr Ziel ist der Sozialismus, der all die Schäden und Nöte, die der Kapitalismus über die Arbeiterschaft gebracht hat, beseitigen wird. Auch sie sehen in der klassenlosen Wirtschaft und Gesellschaft, im Sozialismus, die nächste Phase in der kulturellen Entwicklung der Menschheit, in der endlich, zum ersten Male in der menschlichen Geschichte, der Mensch Mensch sein kann unter Menschen. Deshalb gibt es für einen guten Gewerkschafter und seinen Anhang am Wahltag, den 6. Juni, nur die eine Parole:

Für den Sozialismus! Gegen den Kapitalismus!

Rundschau.

Emanuel Wurm gestorben. Der am 3. Mai erfolgte Tod des Genossen Emanuel Wurm wird alle organisierten Arbeiter ohne Unterschied der Parteirichtung mit Trauer erfüllen. Wurm wurde am 16. September 1856 in Breslau geboren. Er schlug die Laufbahn des Chemikers ein und betätigte sich in diesem Berufe auch mit Erfolg, bis er Sozialist wurde und sich der konsumgenossenschaftlichen Bewegung zuwandte. Am 1. Oktober 1890 übernahm er die Leitung des »Volkswillen« in Hannover. Reuß jüngere Linie wählte ihn in den Reichstag, und die zunehmende parlamentarische Tätigkeit veranlaßte ihn, nach Berlin übersiedeln, wo er eine überaus reiche Wirksamkeit entfaltete. In den letzten Jahren hatte Wurm viel mit Ernährungsfragen zu tun, besonders als er Staatssekretär des Reichsernährungsamtes war. Wenige Wochen vor seinem Tode wurde er Stadtrat.

Wenn Emanuel Wurm auch wenig mit den Gewerkschaften in Berührung gekommen ist, so waren seine vielen Schriften und Bücher für die organisierte Arbeiterschaft doch eine Quelle reicher Belehrung und es geziemt sich, seiner auch an dieser Stelle dankbar zu gedenken.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 1. April 1920 Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, hat die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich, wie sie sich aus den Berichten der Demobilisierungskommissare ergibt, auch am 1. April 1920 einen weiteren Rückgang erfahren. Es wurden am 1. April 1920 259 675 männliche und 71 441 weibliche Erwerbslose unterstützt, im ganzen also 331 116 Erwerbslose. Mit ihnen wurden zugleich 313 196 Angehörige durch sogenannte Familienzuschläge zu der

Erwerbslosenunterstützung unterhalten. Am 15. Januar 1920 betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen 340 773, der weiblichen Erwerbslosen 106 887, die Gesamtzahl also 447 660. Die Zahl der unterstützten Familienangehörigen betrug am 15. Januar 1920 379 071. Auch in den großen Zentren der Erwerbslosigkeit sind die Zahlen einem fortgesetzten Rückgang unterworfen. So hatte beispielsweise Hamburg am 15. Januar 1920 39 325 Erwerbslose, dagegen am 1. April 1920 30 125, der Freistaat Sachsen hatte am 15. Januar 1920 zusammen 117 033 Erwerbslose, am 1. April 1920 dagegen 76 298, Groß-Berlin am 15. Januar 1920 zusammen 98 190, am 15. März 1920 dagegen 80 443 Erwerbslose. Verhältnismäßig gering ist der Rückgang in Bayern, wo am 15. Januar 1920 42 845 und am 1. April 1920 38 045 Erwerbslose gezählt wurden.

In den vorstehenden Zahlen sind die Kurzarbeiter, die aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge unterstützt werden, nicht enthalten. Sie spielen besonders in den süddeutschen Staaten eine sehr erhebliche Rolle.

Kapitalismus und Verarmung. Die Hygienische Rundschau bringt einen Bericht von Dr. Mayer in der Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege, in der dieser gegen die so oft vorgebrachte Behauptung auftritt, daß die Verarmung meist selbst verschuldet wäre. Er bringt den Beweis, daß der Grund der Verarmung in 28 Prozent in Krankheiten zu suchen ist, in 27 Prozent ist es der Tod des Ernährers, in 15 Prozent Altersschwäche, in 12 Prozent sind es Gebrechen, in 3 Prozent Unfall, in 7 Prozent große Kinderzahl, und in 6 Prozent Arbeitslosigkeit. Die Verarmung hat ihre Ursache also nicht in den schlechten Menschen, wie naive Gemüter es sich denken, sondern in den wirtschaftlichen Verhältnissen. Der Kapitalismus bringt notwendig die Verarmung mit sich. Am ehesten wird die Verarmung darum vermieden, wenn wir durch den gewerkschaftlichen Kampf den unsozialen Charakter des Kapitalismus immer mehr herabmindern.

Überschreitung des Achtstundentages strafbar.

Dem »Hamburger Echo« entnehmen wir nachstehenden Bericht: Die Arbeiter und Lehrlinge der Maschinenfabrik von J. in Ahrensböck hatten einen Strafbefehl, lautend auf 5 Mk. beziehungsweise 1 Tag Haft, erhalten, weil sie die tägliche Arbeitszeit von acht Stunden überschritten hatten. Das Schöffengericht Ahrensböck bestätigte den Strafbefehl und das Landgericht Lübeck als Berufungsinstanz verwarf die dagegen eingelegte Berufung. Es führte in seinen Gründen unter anderem aus: Die Angeklagten haben zugegeben, im Frühjahr 1919 10 Stunden einschließlich halbstündiger Frühstücks- und Vesperpause gearbeitet zu haben. Sie wollen nicht gewußt haben, daß es sich um eine gesetzliche Anordnung gehandelt habe, auch aus einem Notstande heraus gearbeitet haben, da J., ihr Arbeitsherr, erklärt habe, bei Einführung der achtstündigen Arbeitszeit seine Fabrik schließen zu wollen und in Ahrensböck und Umgegend in diesem Falle keine Arbeitsmöglichkeit für sie vorhanden gewesen sei. Diese Einwendungen konnten nicht zur Freisprechung der Angeklagten führen. Die Anordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung vom 23. November 1918 beruht auf einem von der Nationalversammlung bestätigten Erlasse des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918, nachdem dem Reichsamte die gesamten Arbeiten der wirtschaftlichen Demobilisierung übertragen sind. Da es sich bei dem Erlasse aber schon vor der Einführung des im Auftrage des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 zugesagten Maximalarbeitstages darum handelte, durch Einschränkung der Arbeitszeit möglichst vielen Leuten Arbeitsmöglichkeit zu geben und damit der Erwerbslosigkeit der aus dem Felde zurückkehrenden Krieger und der durch Umstellung vieler Kriegsbetriebe auf den Friedensbetrieb arbeitslos gewordenen Volksgenossen zu steuern, handelt das Reichsamt innerhalb der ihm übertragenen Befugnisse. Die Verordnung vom 23. November hat deshalb Anspruch auf Gültigkeit. Sie richtet sich auch nicht nur gegen den Arbeitgeber, sondern auch gegen den Arbeitnehmer. Das ergibt sich nicht nur aus dem Wortlaut der Verordnung, die ganz allgemein bestimmt, daß die tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten darf, sondern auch aus der oben dargelegten Absicht der Anordnung, die Konkurrenz der Arbeitnehmer untereinander möglichst auszuschalten und auch die Arbeitgeber gesetzlich in der Ausnutzung der Arbeitskraft zu beschränken. Es erscheine auch nicht glaubhaft, daß keiner der Angeklagten über die Anordnung des Achtstundentages etwas gewußt haben sollte, zumal sie zugeben, es von ihrem Verbandsleiter erfahren zu haben. Die Angeklagten seien mit Recht zu Strafe verurteilt worden.

Durch diese beiden Urteile ist festgestellt, daß auch die Lehrlinge nicht länger als 8 Stunden beschäftigt werden dürfen. Leider haben die Gerichte die wichtige Frage nicht gelöst, was mit den

Unternehmern zu geschehen hat, die durch Drohungen Arbeiter und Lehrlinge zur Überschreitung des Achtstundentages anhalten. Auch diese Frage muß entschieden werden, denn das Lübecker Gericht hat ausdrücklich festgestellt, daß sich die Verordnung vom 23. November 1918 auch gegen die Unternehmer richtet. In unserer Industrie verstoßen die Unternehmer nicht selten gegen sie, indem sie ihre Arbeiter veranlassen, mehrere Tage in der Woche länger zu arbeiten, um entweder für den Sonnabend eine längere Freizeit herauszubringen oder einen in die Arbeitswoche fallenden Feiertag. Oft sind die Arbeiter damit vollkommen einverstanden, manchmal mögen sie es sogar wünschen. Nach den obigen Urteilen machen sie sich aber strafbar und setzen sich der Gefahr aus, unter Umständen an Strafe zu zahlen, was sie an Arbeitslohn gewinnen. Wir erwarten bestimmt, daß nunmehr der Achtstundentag in keinem Falle mehr überschritten wird.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Der Anschluß des Notenstecher-Gehilfen-Verbandes an den Verband beschlossen.

Gleich ehern Gesetzen vollzieht sich die Entwicklung. Neben den wirtschaftlichen Zusammenschlüssen vollziehen sich die Zusammenschlüsse der Menschen zum Zwecke einheitlicher Betätigung, einem bestimmten Ziele zu, auf immer höherer Stufeleiter. Diesem Zwange der Konzentration unterliegen auch die Organisationen der Arbeiter zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage, unterscheiden sich jedoch von den übrigen Entwicklungsgebilden dadurch, daß sie in voller Erkenntnis der Entwicklungsgesetze diesen Bestrebungen der Konzentration die Wege bereiten und mit Bewußtsein Industrieverbänden zustreben.

Freilich, dem begeistert vorwärtsstürmenden Kämpfer vollziehen sich diese Zusammenschlüsse der Berufsorganisationen der Arbeiter viel zu langsam. Mit der Macht und Kraft der olympischen Götter und ihrem: es werde, möchte er im heiligen Tatendrang der Entwicklung vorausellen und die Werkzeuge des Klassenkampfes kneten und formen nach seinem Willen, um die Wage der sozialen Revolution durch das Schwergewicht der Industrieverbände mit Schnelle zu Gunsten des Fortschritts auszufragen zu lassen. Aber die Entwicklung richtet sich nicht nach solchem Willen. Die Gesetze der Baukunst beherrschend, fügt sie mit peinlicher Gewissenhaftigkeit Stein auf Stein und errichtet ein Gebäude, das haltbar ist. Wohl können wir als erkennende Menschen an dem Bau der Entwicklung mit helfen, aber nur dann mit Erfolg, wenn wir, ohne wichtige Phasen überspringen zu wollen, uns dem Bauplan entsprechend betätigen.

In dem Bauplan zu Industrieverbänden ist aber als erste Bedingung die Angliederung der Spartenverbände an die Industriegruppenverbände festgelegt. Ehe nicht die einzelnen Spartenverbände in den Industriegruppenverbänden aufgegangen sind, kann ein Zusammenschluß der Industriegruppenverbände zu Industrieverbänden nicht den gewünschten Erfolg gebären. Deshalb ist damit nicht gesagt, daß solche Versuche zum Zusammenkommen der Industriegruppenverbände zwecklos sind. Im Gegenteil. Ganz abgesehen von den inneren Einrichtungen der Organisationen ist in erster Linie als Voraussetzung eines haltbaren Zusammenschlusses die Angleichung der Arbeitsverhältnisse. Wohl hat die Revolution gerade in Punkte Arbeitszeit einen erheblichen Ausgleich geschaffen, aber trotzdem bietet die tägliche Arbeit und ihre Verhältnisse, unter der sie geleistet wird, noch manche Arbeit zur Angleichung und verlangt Kräfteinsatz.

Ein Aufgehen eines Spartenverbandes in einen Industriegruppenverband ist der Beschluß des Notenstecher-Gehilfen-Verbandes sich unserem Verband anzuschließen. Schon öfters ist die Frage dieses Anschlusses in den Kreisen der Notenstecher erörtert worden, aber bisher fehlte der, sagen wir, eigentlich notwendige Zwang. Den Notenstecher war es bisher immer noch möglich aus eigener Kraft ihre Verhältnisse zu regeln. Aber rastlos schreitet die Zeit fort und was gestern noch gut und nützlich war ist heute infolge der Kräfteverschiebung zur Unmöglichkeit geworden, weil viel stärkere Einsätze gewagt werden müssen, soll das Rad der Geschichte vorwärts geschoben werden.

Dieser Erkenntnis folgend, hatte der Notenstecher-Gehilfen-Verband erneut die Frage des Anschlusses an unsern Verband auf die Tagesordnung seiner letzten Generalversammlung gestellt. Der Einladung Folge gebend, nahm im Auftrage des Verbandsvorstandes und damit des Verbandes Kollege E. Herbst an dieser Generalversammlung teil, die von allen Mitgliedschaften des Notenstecher-Gehilfen-Verbandes beschiedt war. Nach eingehender Aussprache und Erwägung aller Umstände erfolgte die Annahme nachstehender Resolution mit 192 gegen 20 Stimmen.

Resolution:

Die am 25. April 1920 tagende Generalversammlung des Notenstecher-Gehilfen-Verbandes beschließt folgendes:

Der Notenstecher-Gehilfen-Verband tritt am 1. Juli 1920 mit seinem Gesamtbestand an Mitgliedern und Vermögern zum Verband der Lithographen, Stein-drucker und verw. Berufe über. Er betrachtet dieses als einen Schritt auf dem Wege zur Gründung eines Industrieverbandes der graphischen Berufe.

Die Mitglieder des Notenstecher-Gehilfen-Verbandes erkennen die ab 1. Juli 1920 geltenden Satzungen des Verbandes der Lithographen, Stein-drucker und verw. Berufe an und verpflichten sich, auch in der neuen Organisation regen und tätigen Anteil an dem Verbandsbestreben zu nehmen.

Nach diesem Beschluß hört der Notenstecher-Gehilfen-Verband nach vierzigjähriger erfolgreicher Tätigkeit für die Berufsarbeiter und das Gewerbe auf zu existieren; er geht auf in die größere Berufsorganisation, in unsern Verband. Aber wenn auch die äußere Form zerbrochen wird um dem Zeitengange gerecht zu werden, der gute Geist der Notenstecher und der feste Wille, nach besten Kräften am Gebäude der Zukunft mit bauen zu helfen, wird sich auch in neuen Verbänden zum Wohle aller betätigen. Wenigstens ist das unser aller Wunsch, den wir hoffen, nicht ohne Erfolg angesichts des Beschlusses, ausgesprochen zu haben.

Die photomech. Fächer.

Der neue Abschluß im Chemigraphie- u. Kupferdruckgewerbe

In der Reihe der Verhandlungen über Lohnverbesserungen machten auch dieses Mal für die größeren Berufe die Chemigraphen den Anfang. Das ungestüme Drängen der Gehilfen ließ es nicht rasam erscheinen, den Verhandlungstermin weiter hinauszuschieben. Wir hätten dieses gern getan, weil die Lage der Chemigraphie nicht derart ist, um mit besonderer Aussicht auf Erfolg Verhandlungen führen zu können. Die Umstände, unter denen chemigraphische Produkte abgesetzt werden können, haben sich sehr wesentlich zu ungunsten dieses Gewerbes verschoben. Ein Teil der Arbeiten wird in anderen Techniken ausgeführt, wodurch das Arbeitsgebiet der Chemigraphie beeinträchtigt wird. Deshalb wäre es sicherlich kein Nachteil gewesen, wenn in einem anderen Berufe zuerst verhandelt worden wäre, denn die Verhandlungen mußten so von vornherein unter ungünstigen Umständen stehen.

Wie die Lage ist, zeigte gleich der Beginn der Tagung. Die Unternehmer verlangten, bevor nur irgendwie über die gestellten Lohnforderungen verhandelt werden sollte, die Erfüllung folgender Bedingungen:

1. Es ist eine Liste der organisierten Gehilfen anzulegen, die in nichtorganisierten Betrieben, also bei Außenseitern, arbeiten.
 2. Es muß als zulässig erklärt werden, über-zählige Arbeitskräfte aus den Betrieben entlassen zu können.
 3. Bei Kurzarbeit ist eine andere Entlohnungs-möglichkeit zu schaffen.
- Mit der ersten Frage wurde ein Gebiet be-schritten, dem schon viele Verhandlungen gewidmet waren. Es wurde der Gehilfenorganisation zum Vorwurf gemacht, ihre Vertragspflichten nicht oder nur in lässiger Weise erfüllt zu haben. Wir können uns dieser Verpflichtung nicht entziehen, und da die Zahl der organisierten Arbeiter in nichtar-tigen Betrieben nicht so hoch ist, als von den Unternehmern angenommen wird, sollen umgehend unter Firmenangabe die Vor- und Zunamen unserer Mitglieder in nichtartigen Firmen dem Vorstand genannt werden.

Bezüglich der Entlassung überzähliger Arbeitskräfte konnten wir uns nur auf den gesetzlichen Boden stellen, der durch Verordnungen des Demobilisationsamtes und durch das Betriebsräte-gesetz gegeben ist. Zu irgendwelchen Abmachungen mit den Unternehmern ist es hierüber ebensowenig gekommen, wie über eine andere Entlohnungs-möglichkeit bei Kurzarbeit. Es steht indessen zu erwarten, daß diese Fragen in einer demnächstigen Fortsetzung der Verhandlungen erneut zur Be-ratung gestellt werden. Abschließend hierüber wurde nicht verhandelt, weil der Konferenzraum nachts 11 Uhr wegen Lichtmangel geräumt werden mußte.

Nach diesen umfangreichen Beratungen, in denen die Unmöglichkeit einer Erhöhung der Klistheepreise allseitig beleuchtet wurde, kam es am späten Nachmittag endlich zu einem Lohnangebot seitens der Unternehmer, und zwar dergestalt, daß erstmalig zahlbar am 21. Mai Ledige eine Erhöhung der Teuerungszulage um 15 Mark, Verheiratete um 20 Mark erhalten sollten. Darauf wären alle ab 15 April gegebenen Zulagen anzurechnen. Gegenüber unserer Lohnforderung von 60 Mk. war die Annahme des Unternehmerangebots für die Gehilfen unmöglich. Einmal konnte ent-sprechend der bisherigen Altersgliederung bei den Teuerungszulagen und den tariflichen Grundlöhnen nicht eine neue Unterscheidung zwischen Ledigen und Verheirateten unsere Zustimmung finden. Die Folge einer solchen Unterscheidung müßte in großer Unübersichtlichkeit der tatsächlich zu zahlenden

Löhne ihren Ausdruck finden. Und weiter waren die Gehilfenvertreter nicht in der Lage, zuzustimmen, weil mit einer Anrechnung der seit 15. April ge-gewährten Zulagen das Bewegungsergebnis der Ber-liner Kupferdrucker nahezu restlos ausgelöscht worden wäre. Hierüber kam es zu erregten Aus-einandersetzungen, die im Plenum der Verhand-lung nicht ausgetragen werden konnten. In einer Kommission platzten die Gegensätze mit größter Schärfe aufeinander. Nach endlosen Verhandlungen änderten die Unternehmer ihr Angebot wie folgt: >Das Tarifamt hat in seiner Sitzung am 11. Mai beschlossen:

An neuer Teuerungszulage wird erstmalig am 21. Mai 1920 gezahlt:

Für Chemigraphen 25,— Mk.
Für Kupferdrucker, einschließlich Tiefdrucker und der in Kupfer- bzw. Tiefdruckereien beschäftigten Gehilfen 30,— Mark.

Die den Berliner Kupferdruckergehilfen durch das Berliner Schiedsgericht am 23. April zuge-billigten Teuerungszulagen von 20,— bzw. 25,— Mk. sollen zur Hälfte auf die neue Teuerungszulage angerechnet werden.

Von einer Erhöhung der Preise sieht das Tarifamt trotz der neuen erheblichen Belastungen ab, um durch eine Preiserhöhung zur jetzigen, sehr ungünstigen Zeit, eine zweifellos eintretende weite Verschlechterung des Auftrags-Bestandes zu verhindern. Jedoch soll auf Antrag des Bundes der Chemigraphischen Anstalten und Kupferdruckereien eine paritätische Kommission unter Vorsitz des Tarifamtes befugt sein, über eine notwendig werdende Preiserhöhung für die trittreuen Anstalten zu beschließen.

Nach sorgfältiger Erwägung stimmten die Ge-hilfen diesem Verhandlungsergebnis zu. Sie wußten nur zu gut, daß die Erhöhung des Lohnes nicht ausreichend ist, um die Bedürfnisse des Einzelnen zu befriedigen, konnten sich aber auch der Tatsache nicht verschließen, daß die zurzeit größ-ten Auftraggeber der Chemigraphie, Kunstverleger und Verlagsbuchhandel, in ihrer Auftragserteilung sehr zurückhaltend sind und dadurch eine bedenk-liche Arbeitsflaute eingetreten ist.

Das Lohnabkommen ist nicht befristet. Die Ge-hilfen haben sich vorbehalten, jederzeit und ganz besonders bei Eintreten günstigerer Verhältnisse, neue Lohnforderungen zu stellen.

Es war den Verhandlungsteilnehmern nicht leicht, sich mit dem Ergebnis zu bescheiden. Eingehend erwo-gen wurde, ob nicht das Reichswirtschafts-ministerium um einen Schiedspruch angegangen werden soll. Man kam aber hiervon ab, weil die Gefahr besteht, daß eine Reihe Betriebe buch- und zahlenmäßig nachweisen können, daß sie am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Damit würde gleichzeitig die Gefahr heraufbeschworen, daß Entlassungen in größerem Umfange auch nach den Verordnungen des Demobilisationsamtes vor-genommen werden könnten. Die Vergrößerung der an sich schon hohen Zahl der Arbeitslosen ließ diesen Weg nicht gangbar erscheinen. Es soll viel mehr an die Abnehmer der Produkte herangegan-gen werden, mit der Zurückhaltung in der Auftrags-erteilung zu brechen und dadurch einen besseren Beschäftigungsgrad zu ermöglichen.

Inwieweit eine solche Aktion von Erfolg begleitet sein wird, läßt sich im Voraus nicht sagen. Sie gibt aber erneut allen einsichtigen Kollegen die Frage zur Lö-sung auf: Wie kann diesen Verhältnissen gesteuert werden? Sie zwingt aber auch allen die Erkenntnis auf, daß planloser Kampf ein Schlag ins Wasser ist, auch wenn unter besonders günstigen Verhältnissen ein kleiner Teil der Berufsarbeiter einige Mark mehr Lohn dabei herausholt. Wenn nicht in Kürze das Gros der Kollegen diesen Erfolgen teil-haftig werden kann, dann werden sie nur zu bald durch andere Dinge wieder ausgeglichen. Deshalb ist bei allen zur Lösung stehenden Dingen immer die Frage in den Vordergrund zu stellen: Wie wirkt eine Aktion auf die Gesamtheit. Aber vom Standpunkt der Gesamtheit aus betrachtet, war die Annahme des Gebotenen ein Pflichtgebot.

Ortsberichte.

Hamburg, Chemigraphen. Die am 7. Mai tagende gutbesuchte Versammlung nahm nach einer eingehenden Aussprache über die Frage: Wie stellen wir uns zur jetzigen Teuerung, und nach eingehender Erwägung aller Verhältnisse nach-stehende Entschliebung mit Antrag an:

>Die am 7. Mai 1920 im Gewerkschaftshaus versammelten Chemigraphen Hamburgs schlossen sich voll und ganz den Leipziger und Dresdener Kol-legen an, erheben auch ihrerseits schärfsten Protest gegen die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer, daß sie die heutigen Verhältnisse so wenig er-fassen und ihre eigenen Volksgenossen der krassensten Verleumdung preisgeben. Trotzdem von unserer Seite das weiteste Entgegenkommen für die Erhaltung des Berufs in dieser schweren Zeit entgegengebracht wurde, ist es uns jetzt weiter unmöglich, bei dieser ins fabelhafte gehenden Teuerung nur in großem Abstände Schritt zu halten; sind doch seit der letzten Teuerungszu-lage allein die notwendigsten Lebensmittel, wie Brot, Mehl, Fett, Fleisch, Kartoffeln ganz wesent-lich im Preise gestiegen, ganz abgesehen von den

anderen nötigen Bedarfsartikeln, Kohle, Gas, Ver-kehrsmittel usw.

Wir beantragen deshalb, daß unsere leitenden Instanzen sich unsere gegenwärtige Lage vor Augen führen und die ihnen zur Verfügung stehenden Rechte ihrer Mitglieder im weitesten Sinne in Anspruch nehmen, sich sofort mit dem Tarifausschuß in Verbindung setzen und eine an-gemessene Teuerungszulage von mindestens 100 Prozent herausholen.

Unter Verschiedenen wird Kollege König ein-stimmig als Ortstarifvertreter gewählt. Eine An-frage wegen Bezahlung der Streiktaxe kann noch nicht in positiver Weise beantwortet werden. Mit einem Appell an die Kollegen, immer fest zu-sammen zu stehen, erfolgt Schluß der Versammlung.

Die Tapetenbranche.

Ortsberichte.

Coswig, Formstecher. Die am 20. April statt-gefundene, gutbesuchte Mitgliederversammlung nahm nach einem Appell an die Kollegen, alle Verbands-versammlungen regelmäßig zu besuchen, den Kassen-bericht vom 1. Quartal 1920 entgegen.

Die in Hildesheim stattgefundenen Lohnver-handlungen haben zwar nicht das Geforderte ge-bracht, aber allseitig wird anerkannt, daß die Unter-nehmer Entgegenkommen gezeigt und die Zentral-leitung und Gehilfenvertreter die Interessen der Kollegen gewahrt haben. Natürlich pendelt bei der fortschreitenden Teuerung die Existenzmöglich-keit immer noch an der Grenze des Minimums.

Nach Erledigung einiger örtlicher und geschät-licher Angelegenheiten entspann sich eine lebhafte Aussprache über den in der Gr. Presse veröffent-lichten Artikel: >Betrachtungen zur Lage im Form-stechergewerbe.

Die Versammlung kann sich der Ansicht des Verfassers nicht anschließen. Wohl erkennen wir die Gefahr, die unserem Beruf durch die Beschlüsse der Fabrikanten-Vereinigungen bevorsteht, an. Gegenwärtig haben die Fabrikanten die Macht in den Händen dadurch, daß die Papier- und Material-not das vorhandene Bedürfnis nicht deckt und ihre Lager ausverkauft sind, wodurch auch die alten Muster bereitwilligst gekauft werden. Aber wenn dieses sich ändert und es wird sich ändern, wenn unsere Valuta sich bessert, dann wird die gegen-seitige Konkurrenz und die Forderungen der Ver-braucher nach guter neuer Ware dem Druck der alten Muster ein Ziel setzen. Gerade dann ist das Ausland durch den jetzigen Bezug der vielen neuen Muster durch das Formstechergewerbe in der Lage, mit den deutschen Fabrikanten in einen aussichtsreichen Konkurrenzkampf treten zu können und wird dann wohl das Gegenteil von dem ein-treten, was der Artikelschreiber annimmt.

Das Heil, welches derselbe durch Anschluß an den Fabrikarbeiterverband für uns erwartet, baut sich auf nicht haltbaren Grundsätzen auf. Es wird niemals gelingen die Drucker dahin zu bewegen, daß sie für die Formstecher gewissermaßen die Kastanien aus dem Feuer holen dadurch, daß sie den ferneren Druck eines Musters verweigern, wenn dasselbe 1 oder 2 Jahre alt ist. Da wir denselben nichts als Gegenleistung zu bieten haben, werden wir nach unserer Erfahrung keine Hilfe von dieser Seite aus zu erwarten haben. Durch unsere geringe Zahl sind wir in dem großen Ver-band der Fabrikarbeiter nur eine ganz kleine Null und dementsprechend wird auch unser Einfluss in demselben sein. Wir brauchen keinen Kastengeißel zu haben, um an unserem jetzigen Verbände festzu-halten, denn wir sehen alle Arbeiter uns eben-bürtig an, aber es ist uns genügend bewiesen worden, daß in unserem Verband trotz großer finanzieller Opfer desselben gut und ausdrücklich unsere Interessen vertreten worden sind. Unsere Aufgabe ist, in reger Agitation unsere sämtlichen Kollegen zu organisieren, um zu gegebener Zeit vollzählig und geschlossen unsere Rechte als Form-stecher aus eigener Kraft zur Geltung zu bringen.

Adressen-Änderungen.

1. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunfts-erteiler (siehe >Graph. Presse< Nr. 16).

Zur Beachtung! Jede Adressen-Änderung ist sofort an den Verbandsvorstand der Lithographen und Stein-drucker, Berlin N. 24, Eisaßerstr. 86-88, 117 zu berichten.

Aschersleben: Ernst Krause, Wörthstr. 8.
Barmen-Elberfeld: Chemigr.: Ludwig Liebl, Barmen, Wertherstr. 69.

Düren, Rhld.: Franz Paul, van der Giese-str. 31, H.
Gleitwitz i. O.-Schl.: E. Regenhardt, Mauerstr. 13.
Gotha: Franz Gössel, Osistr. 86

Hildburghausen: Wilh. Bentlage, untere Marktstr. 8.
Leipzig: Verbandsbüro, Geroerstr. 1, III, Zimmer 38, geöffnet von 11-1 und 5-7 Uhr.

München: Photogr.: Franz Hartl, Lindwurmstr. 131, O. I. Gartenhaus.

Wurzen i. S.: Robert Eberhardt, Fischerstr. 18, I.

Revisoren der Hauptkasse

Zuschriften an Richard Arndt, Berlin C 54, August-straße 50 b.

Photogr. Mitarbeiter.

An alle Photographenkollegen im Reiche.

Von W. Landa.

Als in den Novembertagen die Katastrophe des militärischen Zusammenbruchs über Deutschland kam und damit alle jenen Hoffnungen und Illusionen zerstört wurden, die eine wilhelminische Regierung „noch am Grabe aufgepflanzt“, als dann mit einem Schlage das ganze hundertjährige Kartenhaus auseinanderfiel und aus all dem Wust der vierjährigen Lügen sich endlich die Wahrheit durchgerungen, da atmeten in Deutschland alle freiheitlich Gesinnten auf, die Herzen schlugen höher und braxsend ging durchs ganze Land der Ruf:

Dies ist der Anfang einer neuen Zeit und hier ist der Weg zum Aufwärtsstieg des deutschen Volkes.

Und wahrlich, trotz all der nicht erfüllten Wünsche jener stürmischen Jubeltage, der 9. November war und bleibt ein Markstein und ein Wendepunkt in der Geschichte. . . Im großen Irrtum nur waren jene, die der Meinung Ausdruck gaben, die Katastrophe hätte damit ihr Ende gefunden, die Umwälzung wäre vollzogen, die Revolution habe in Deutschland ein Gastspiel von einigen Tagen gegeben und nun fließe alles wieder in die ruhige Bahn der Gesetzesmäßigkeit und Ordnung, jeder gehe seiner Arbeit nach, die Sozialisierung marschiert und gleichzeitig mit ihr: „Friede, Freiheit und Brot.“

Dies aber war nur ein goldener optimistischer Traum, denn die Ereignisse der verflorenen 1 1/2 Jahre haben bewiesen, daß vielmehr jene Reht behalten haben, die damals schon behaupteten: Der vierjährige Weltkrieg mit seiner Vernichtung aller Werte kann nicht seinen Abschluß in der militärischen Katastrophe gefunden haben, sondern er muß naturnotwendig den wirtschaftlichen Zusammenbruch nach sich ziehen und der 9. November war nur das Signal, welches den Anfang einer großen sozialen Revolution verkündete.

Das Steuer war herumgerissen und nun segelt das Schiff im Sturm und Brandung und sucht einen neuen, ruhigen Kurs zu finden.

Alle Kämpfe, Unruhen, Streiks, Sabotage und Aussperrungen sind die lebendigen Flammenzeichen dieser sozialen Revolution, inmitten welcher wir leben und deren Wirkungen immer größere Teile des Volkes am eigenen Leibe verspüren, denn es ist nicht mehr zu leugnen, daß die Verarmung und Verelendung immer weitere Kreise zieht und immer neue Schichten von Arbeitern, Angestellten und Beamten davon betroffen werden. Damit reift aber bei allen Hand- und Kopfarbeitern immer mehr und mehr die Erkenntnis, daß der einzelne in diesem wirtschaftlichen Kampf unterliegen muß und nur im Zusammenschluß mit seinen Berufskollegen, in der engen Vereinigung aller, der einzelne noch Widerstand zu leisten vermag, um nicht gänzlich unterzugehen.

Diese Binsenwahrheit ist das Fundament und Grundprinzip der Gewerkschaften, die in Deutschland bereits vor dem Kricg 3 Millionen Mitglieder zählten.

Es war in der Mehrheit die Industrie-Arbeiterschaft, die frühzeitig ihre wirtschaftliche Lage erkannte, sich nach Berufen zusammenschloß, um vereint dem Kapital gegenüber ihre Interessen zu vertreten.

Noch aber standen abseits viele Millionen, deren Existenz ebenfalls vom Kapital abhängig war und deren Interessen auch nur in der Vereinigung wirksam vertreten werden konnten. Daß sie den Weg zur Organisation nicht fanden, lag einerseits an dem Mangel der Erkenntnis, andererseits aber an all den Hindernissen, die eine wilhelminische Regierung solchen Bestrebungen in den Weg legte.

Der 9. November hat all diese Hindernisse beseitigt, er hat den Weg frei gemacht zur Entfaltung all der schlummernden Kräfte und die soziale Revolution hat die Einsicht von der Notwendigkeit der Organisation in die weitesten Kreise getragen.

Dieser Gedanke hat in allen Berufsschichten Eingang gefunden und so sehen wir denn, daß nicht nur Arbeiter, Angestellte und Beamte, sondern alle Intellektuellen der Wissenschaft und Technik sich in großen Verbänden zusammenschließen, um dort ihre Interessen wahrzunehmen.

In welchem Umfang diese Bewegung nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe gegangen ist, beweist uns das Eingreifen dieser Organisationen beim Kapp-Lüttwitz-Putsch.

Es waren nun schon 14 Millionen organisierte Hand- und Kopfarbeiter, die ihre Stimme erhoben und ihre Macht in die Wagschale der Geschichte warfen.

Diese Historie bedeutet einen neuen Wendepunkt in der deutschen Arbeiterbewegung, erhebt bengalisch die Situation und zeigt uns die Werbekraft und den Siegeslauf des Organisationsgedanken. Angesichts dieser Tatsache kann eigentlich niemand mehr an diesem endgültigen Siege zweifeln und wenn es trotz alledem noch immer einzelne Berufsschichten gibt, die ihre Zeit nicht begriffen haben und abseits der übergroßen Mehrheit ihrer Berufskollegen stehen, dann muß es unsere Aufgabe sein, diese restlos ihren Berufsverbänden zuzuführen, damit auch sie ihre historische Mission erfüllen.

Dazu sind alle Kopf- und Handarbeiter berufen und deshalb muß auch in unseren Reihen auf dieses Gebot der Zeit eindringlich hingewiesen werden, denn leider haben ein Teil der Photographen-Kollegen im Reich noch immer nicht den Weg zu ihrer Organisation, zum Verband der Lithographen, Steindruckern und verwandten Berufe, gefunden. Als ein natürliches Hindernis der Entwicklung stellen sich hier die kleinbürgerlichen, zumftmäßigen Verhältnisse innerhalb unseres Berufes entgegen, in der Hauptsache aber besteht, trotz aller Wandlung der Zeiten, noch immer eine gewisse Scheu vor der Organisation, die auf althergebrachten Vorurteilen beruht. Man sucht seine Abneigung damit zu begründen, indem man auf die Unterschiede der wahren und der gesellschaftlichen Bildung im Leben der Menschen untereinander hinweist.

Die Kollegen im Reich wissen noch vielfach nicht, daß die Gewerkschaften keine Geselligkeitsvereine sind, sondern rein wirtschaftliche Organisationen, die sich die materielle und ideelle Besserstellung der Mitglieder auf ihre Fahne geschrieben haben.

Den trefflichsten Beweis dafür erbringt der Zentral-Verband der Film- und Kinoangestellten; hier finden wir alle Schichten einer Industrie in einer geschlossenen Organisation vereint, neben dem Filmschauspieler und Filmdichter alle handwerksmäßigen Berufe, neben dem Kinooperateur und Dekorationsmaler den ungelerten Arbeiter und neben dem Prokuristen und Budhalter den Hausdiener und die einfache Scheuerfrau.

Sie alle wissen, daß ihre wirtschaftlichen Interessen dem Arbeitgeber gegenüber gemeinsame sind, daß aber diese Tatsache niemand hindert, in seinem persönlichen Leben seine eigenen Wege zu gehen. Wenn der eine die Oper besucht und Goethe liest und der andere ins Kino geht und Hintertreppenromane verschlingt, so sind dies Fragen der Bildung und des Geschmacks, schließen aber trotzdem nicht aus, daß sich alle verbinden auf dem Boden ihrer wirtschaftlichen Interessen und das ist ihre Gewerkschaft.

Damit sind wohl alle Bedenken der noch außenstehenden Kollegen zerstreut; es ist aber auch notwendig, daß selbst unseren Verbandsmitgliedern immer wieder das Wesen und der Wert der Organisation vor Augen geführt wird, denn auch ihnen fehlt hierüber noch die nötige klare Erkenntnis. Daß hier noch gewaltige Erziehungsarbeit geleistet werden muß, zeigt der Mangel an Disziplin und Solidarität, das geringe Interesse am Verbandsleben und letztlich der Umstand, daß, wenn auch vereinzelt, Klage geführt wird über die Erhöhung des Beitrages auf 3 Mk. Über die faktische Notwendigkeit dieser Maßnahme ist wohl kaum ein Wort zu verlieren, denn jeder weiß aus seiner persönlichen Erfahrung, in welchem Maße alles im Preise gestiegen ist und diese Preissteigerung hat natürlich auch beim Etat des Verbandes nicht Halt gemacht.

Wenn wir nun die Beitragshöhe und die Lohnverhältnisse der Friedenszeit mit den heutigen vergleichen, so gelangen wir auch dabei zu einem Resultat, welches gerecht und billig ist.

Bei einem durchschnittlichen Wochenverdienst von 35 Mk. betrug der Beitrag von 1,20 Mk. den 25. Teil desselben, bei der heutigen Erhöhung auf 3 Mk. ist diese Summe der 25. Teil von 75 Mk. und es ist wohl kaum anzunehmen, daß selbst in dem entlegensten Winkel Deutschlands ein Kollege noch für einen Wochenlohn von 75 Mk. arbeitet. . . .

Sollten einzelne Kollegen die Meinung vertreten, daß bei der Beratung dieser Beitragserhöhung nur die Verhältnisse der übrigen Berufe in unserem Verband und nicht auch die der Photographen berücksichtigt wurden, so ist hierbei doch auf folgendes hinzuweisen: Der Verbandsvorstand hat einstimmig diesen Beschluß gefaßt und in dieser Körperschaft haben 2 Photographenkollegen Sitz und Stimme, also auch sie haben, trotz aller Würdigung unserer engen Berufsverhältnisse, ihr Votum für diese Erhöhung abgegeben. Bedenken wir weiter, daß dieser Antrag der Gesamtkollegenschaft in Deutschland zur Urabstimmung unterbreitet wurde und die große Majorität im zustimmenden Sinne entschieden hat, so müssen wir sagen, daß dem Prinzip der Demokratie voll und ganz Genüge getan wurde und von einer Willkür keine Rede sein kann. Es bleibt nur noch eine Frage zu berücksichtigen: welchen Wert hat für den einzelnen die Organisation?

Von der Beantwortung dieser Frage hängt es ab, ob der Beitrag hoch oder niedrig bezeichnet wird.

Wie alles im Leben relativ und subjektiv ist, so auch die Begriffe teuer und billig, und daher wird, bei den gleichen vorhandenen Mitteln, ein und derselbe Gegenstand dem einen mit 5 Mk. zu teuer, dem andern mit 20 Mk. noch preiswert erscheinen.

Es kommt eben nur darauf an, welchen Wert der Gegenstand für den einzelnen besitzt und so wie im allgemeinen, so liegt es auch in unserem besonderen Fall. Also Kollegen im Reich, erkennt den Wert eurer Organisation und die Beitragserhöhung wird dann als das erscheinen, was sie ist, eine zwingende Notwendigkeit.

Wenn nun die materielle Lage der Kollegenschaft jene Höhe noch nicht erreicht hat, welche wir alle erstreben, so liegt dies daran, daß noch immer ein Teil der Kollegen abseits steht und dadurch jene Geschlossenheit fehlt, die notwendig ist, um alle unsere berechtigten Forderungen auf der ganzen Linie restlos durchzusetzen.

Überall dort, wo diese Geschlossenheit vorhanden ist, tritt die Tätigkeit des Verbandes in wirksame Erscheinung und so hat die bedeutende Zunahme unserer Mitglieder es ermöglicht, daß in den verschiedensten Städten Ortsstarke abgeschlossen wurden, durch welche die Kollegen erhöhte Löhne, verkürzte Arbeitszeit, festgelegte Ferien, überhaupt geregelte Arbeitsverhältnisse erreicht haben.

Aber auch Zentral-Tarife für ganz Deutschland wurden abgeschlossen und zwar in der Bromsilber-Vergrößerungs-Photographie, in der Bromsilber-Kunstdruck-Industrie, in welcher die Tarifgemeinschaft bereits seit einem Jahre besteht und der augenblickliche Mindestlohn 200 Mk. pro Woche beträgt. Diesen Tarif haben auch die Berliner Warenhäuser unterzeichnet und da alle diese Zentral-Tarife die Benützung unseres Arbeitsnachweises zur beiderseitigen Pflicht machen, sind in diesen Sparten nur Verbandsmitglieder beschäftigt. Zu erwähnen wäre noch, daß auch die Illustrations-photographen, sowie die Retuscheure und Maler aus der Printenbranche, die geschlossen dem Verbands begetreten sind, vor dem Abschluß ihrer Tarife stehen. All diese praktische Arbeit war aber nur möglich, weil in diesen Sparten die gesamte Kollegenschaft geschlossen und einmütig hinter dem Verband steht.

Wohl wissen wir, daß selbst hier noch lange nicht all die berechtigten Forderungen der Kollegen erfüllt sind und daß es noch harter Arbeit bedarf, um Zustände zu schaffen, die den heutigen Verhältnissen entsprechen, aber hier ist der Anfang gemacht und auf diesem Fundament gilt es weiter aufzubauen, um der gesamten Kollegenschaft im Reich Arbeitsverhältnisse zu erringen, die der Zeit würdig sind.

Dies sei unser gemeinsames Ziel und wir müssen alle bestrebt sein, es zu erreichen, dazu ist es aber notwendig, daß unsere Reihen geschlossen sind und auch wir von jenem Geist der Solidarität erfüllt sind, der die Arbeiterschaft von allen anderen Klassen auszeichnet. Jeder einzelne muß ein Agitator sein, um alle noch fernstehenden Kollegen dem Verbands zuzuführen. Alle Hand- und Kopfarbeiter sind nicht mehr länger gewillt, Objekte zu sein, sondern sie fordern als gleichberechtigter Faktor in das Wirtschaftsleben eingereicht zu werden. Um diesen Kampf siegreich zu vollenden, muß auch bei uns das Dichterwort zur Tat werden:

„Einer für alle und alle für einen!“

„Betromit“ Schnelltrocknsmittel „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamsten Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.

„Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- u. Aluminiumplatten.

„Enoldin“ Druckpaste - speziell für schlecht zu verdruckende Farben und Papiere.

„Enol“ - Drucktinktur - sehr geeignet für Bronzedruck

„Golljad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich

empfehl!

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

Verschiedenes

Formenhölzer
für Formstehereien

3 fach verleimt, in Birnbaum, liefert in bester Ware und jeder Größe und erblittet Anfragen

Jakob Landwehr, Tischlerei
Hildesheim, Schützenwiese 2.

Formstecher sucht
guterhalt. Holzwerkzeug
zu kaufen. Angebote an Jordan, Crefeld, St Antonstraße 18.

Der praktische Umdrucker
Von Bernhard Enders.

Preis inkl. Porto 1,40 Mk. Verlag von
Conr. Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Inserate

sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition, Conrad Müller, Schkeuditz bei Leipzig, Auguststraße 8, zu senden.